

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Michael Theurer, Nicole Bauer, Grigorios Aggelidis, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Daniel Föst, Otto Fricke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Alexander Müller, Dr. Martin Neumann, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie

Gegenwärtig häufen sich nach Aussagen aus pädiatrischen Kreisen die Warnungen vor schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen, unter denen Kinder und Jugendliche infolge der geltenden Corona-Maßnahmen leiden. Es sei unter anderem zu beobachten, dass Depressionen, Essstörungen, auffällige Gewichtsveränderung oder pathologisches Medienverhalten in auffälliger Häufung auftreten (https://rp-online.de/nrw/panorama/corona-in-dortmund-arzt-beklagt-schwere-psychische-und-koerperliche-stoerungen-bei-kindern_aid-55974341). Dabei sei vor allem der Wegfall von Kontakten zu anderen Kindern im Rahmen von Schul- oder Kitabesuchen und außerschulischen Aktivitäten ein belastender Faktor. Eine schnellstmögliche Öffnung ist daher auch aus Sicht der Kassenärztlichen Bundesvereinigung unbedingt anzustreben (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/KBV-Chef-Lockdown-belastet-Kinder-416693.html>).

Die unlängst erschienene Copsy-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) bestätigt diese Befürchtungen. Demnach zeigt bereits jedes dritte Kind während der Krise Verhaltensauffälligkeiten (<https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html>). Zudem geht das Forschungsnetzwerk Medizinischer Kinderschutz am UKE nach Erhebung von Daten von 159 stationären und ambulanten Kinderschutzzambulanzen und Kinderschutzgruppen davon aus, dass eine hohe Dunkelziffer von Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern vorliegt. Hier wird ebenfalls ein Grund in einer gegenwärtig fehlenden Kontrollfunktion durch Schulen und Kitas gesehen (<https://www.wp.de/panorama/wissenschaft/kinder-leiden-psychisch-stark-unter-corona-pandemie-id231533021.html>).

Unmittelbar vor der Bund-Länder-Runde vom 10. Februar 2021 äußerte auch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend medial ihre Bedenken bezüglich der Auswirkungen des Lockdowns auf die Kindergesundheit (<https://www.spiegel.de/panorama/bildung/corona-und-schule-franziska-giffey-sieht-bei-kindern-depressive-verstimmungen-a-f3a647ea-96ee-42d1-b0c4-c61f665ff39b>).

Aus Sicht der Fragesteller ist vor diesem Hintergrund mit höchster Priorität darauf hinzuwirken, dass Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auch auf die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen detailliert identifiziert werden und zielgenau auf eine Öffnung relevanter Einrichtungen hingearbeitet wird. Dabei spielt aus Sicht der Fragesteller nicht zuletzt auch die schnellstmögliche Zulassung sicherer Impfstoffe für Kinder und Jugendliche eine zentrale Rolle, an der zwar bereits geforscht wird, zu der gegenwärtig aber noch keine konkrete Perspektive vorliegt (<https://www.tagesschau.de/ausland/uni-oxford-impfstoff-101.html>). Zudem ist nach Auffassung der Fragesteller dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern Angebote zur Prävention und Behandlung von isolationsbedingten physischen und psychischen Erkrankungen erhalten können.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Kinder und Jugendliche sind nach aktuellem Stand nach Kenntnis der Bundesregierung bisher an COVID-19 erkrankt (wenn möglich, bitte in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil angeben sowie nach Altersgruppen aufschlüsseln)?
 - a) Wie viele dieser Kinder und Jugendlichen mussten aufgrund der Erkrankung stationär behandelt werden?
 - b) Wie viele der in Frage 1a genannten stationär behandelten Kinder und Jugendlichen mussten intensivmedizinisch behandelt werden?
 - c) Bei wie vielen Kindern und Jugendlichen traten schwere Verläufe einer COVID-19-Erkrankung auf?
 - d) Bei wie vielen Kindern und Jugendlichen wurden bisher Langzeitfolgen nach einer COVID-19-Erkrankung beobachtet?
2. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Copsy-Studie des UKE?
3. Liegen der Bundesregierung andere wissenschaftliche Informationen oder Einschätzungen zu der Materie vor, die von den Ergebnissen der Copsy-Studie des UKE abweichen, und wenn ja, was genau weicht ab?
4. Hat die Bundesregierung selbst weitere Studien zur Auswirkung der Corona-Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche in Auftrag gegeben oder geben lassen, und wenn ja, welche, und wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen?
5. Liegen der Bundesregierung Stellungnahmen (fach-)ärztlicher Verbände vor, die sich mit den gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche befassen, und wenn ja, welche Aussagen werden darin getätigt, und wie nimmt die Bundesregierung dazu Stellung?
6. Liegen der Bundesregierung Stellungnahmen von Elternverbänden vor, die sich mit den gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche befassen, und wenn ja, welche Aussagen werden darin getätigt, und wie nimmt die Bundesregierung dazu Stellung?
7. Liegen der Bundesregierung Stellungnahmen von Kinderschutzeinrichtungen oder Kinderschutzorganisationen vor, die sich mit den gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche befassen, und wenn ja, welche Aussagen werden darin getätigt, und wie nimmt die Bundesregierung dazu Stellung?

8. Liegen der Bundesregierung Zahlen dazu vor, wie viele Kinder und Jugendliche gegenwärtig als übergewichtig eingestuft werden?
 - a) Wenn ja, wie viele (wenn möglich, bitte in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil angeben)?
 - b) Wenn ja, wie haben sich diese Zahlen in den Jahren 2018 bis 2020 entwickelt?
9. Liegen der Bundesregierung Zahlen dazu vor, bei wie vielen Kindern und Jugendlichen gegenwärtig eine Depression vorliegt?
 - a) Wenn ja, wie viele (wenn möglich, bitte in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil angeben)?
 - b) Wenn ja, wie haben sich diese Zahlen in den Jahren 2018 bis 2020 entwickelt?
10. Liegen der Bundesregierung Zahlen dazu vor, bei wie vielen Kindern und Jugendlichen gegenwärtig eine Essstörung vorliegt?
 - a) Wenn ja, wie viele (wenn möglich, bitte in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil angeben)?
 - b) Wenn ja, wie haben sich diese Zahlen in den Jahren 2018 bis 2020 entwickelt?
11. Liegen der Bundesregierung Zahlen dazu vor, bei wie vielen Kindern und Jugendlichen gegenwärtig mit übermäßigem Medienkonsum in Zusammenhang stehende gesundheitliche Probleme vorliegen?
 - a) Wenn ja, wie viele (wenn möglich, bitte in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil angeben)?
 - b) Wenn ja, wie haben sich diese Zahlen in den Jahren 2018 bis 2020 entwickelt?
12. Welche Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen erkennt die Bundesregierung, und wie bewertet sie diese?
13. Befürchtet die Bundesregierung weitergehende langfristige Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf die Kindergesundheit?
14. Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die Folgen der Corona-Maßnahmen für die Kindergesundheit zu minimieren?
15. Welche Hilfs- und Unterstützungsangebote können Eltern nach Kenntnis der Bundesregierung in Anspruch nehmen, wenn sie Verhaltensauffälligkeiten bei ihren Kindern wahrnehmen?

Erachtet die Bundesregierung die bestehenden Angebote als ausreichend?
Sieht die Bundesregierung insoweit kurz- und langfristigen Handlungsbedarf?
16. Welche Studien zur Wirkung von SARS-CoV-2-Impfstoffen auf Kinder und Jugendliche sind der Bundesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt bekannt?
 - a) Falls der Bundesregierung Informationen zum jeweiligen Sachstand vorliegen, wie sieht dieser jeweils aus?
 - b) Lässt sich nach Informationen der Bundesregierung bereits abschätzen, wann mit Abschlüssen der jeweiligen Studien und der Zulassung der Impfstoffe zu rechnen ist?

Plant die Bundesregierung bereits eine ausreichende Impfstoffbeschaffung?

Berlin, den 17. März 2021

Christian Lindner und Fraktion